



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84831 - 88
Fernschreiber 0686490

P/XIV/238 - 20. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Es wäre nützlich ... Im Zwielficht der Kanzlerpolitik Von Sedinus	65
3 - 4	Verdunkelung Algerien - die Entwicklung drängt Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	88
5	Kopf-an-Kopf-Rennen Von den Gemeindegewahlen in Schleswig-Holstein	49
6 - 7	Die Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen Lebendige Diskussion um ein zeitnahes Thema	76

* * *
* *

Es wäre nützlich ...

Von Sedinus

"Auch ehrlich wäre es und logisch," so meinte die Pariser konservative Zeitung "L'Aurore" am Tage nach Debrés offener Rede in der französischen Nationalversammlung, "wenn der Bundeskanzler in Bonn und seine Regierung auch öffentlich zugeben würden, was sie - sicher ohne Begeisterung, aber ohne Zweifel - denken, dass nämlich die gegenwärtige polnisch-deutsche Trennungslinie an Oder und Weisse die künftige Grenze sei." Die französische Zeitung bezog sich auf die Rede des Ministerpräsidenten ihres Landes und auf eine im Frühjahr 1959 bekanntgewordene Äusserung des Staatspräsidenten Frankreichs, de Gaulle.

Sie hat bei ihren ausgezeichneten Beziehungen zum Quai d'Orsay und zu de Gaulle selbst ihre Information, dass zwischen Bonn und Paris in diesem Punkte keine Meinungsunterschiede bestehen, sicher nicht aus den Fingern gesogen. Und Adenauer hat nie verfehlt, seine Übereinstimmung mit Frankreichs Staatschef immer von neuem zu betonen. Die offizielle französische Politik hat die polnische Westgrenze als deutsche Ostgrenze anerkannt. Man erfährt auf solche Weise - nicht überraschend -, was man im Ausland über Adenauers Haltung weiss: sie sei im Prinzip gleich.

Hierzulande spricht Adenauer anders - mindestens, wenn andere es hören. Hier spricht und schreibt auch seine Partei anders. Hier geht es nämlich um die Wähler, die zuhören und die man nicht verlieren möchte. Wir können uns vorstellen, wie peinlich es im Kanzleramt empfunden wird, was da in Paris geredet und geschrieben wurde. Man hätte sich lieber nicht unter den Bäumen am Seine-Ufer grüssen und so gründlich blamieren lassen, und besser hätte sich alles gefunden, wenn man einmal wieder "zu Hause" unter sich sein würde. Aber nun ist es offenkundig - abermals.

Das ist die Doppelzüngigkeit in der Politik dieses Kanzlers, die im Verhandlungssaal eine andere Tendenz hat als vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit der Nation, um deren Schicksal es

geht. Wer sich in der Heimat frühzeitig und voller Sorge um eine Lösung drängender Fragen bemüht, ist der Verdächtigung, wenn nicht Verleumdung oder gar Verfolgung ausgesetzt, sofern der Kanzler und seine Partei es für richtig halten. Was indessen hinter gepolsterten Türen und im vertrauten Kreise als nützlich und wichtig befunden wird, bleibt für die Ohren des eigenen Volkes verborgen. Jedoch trifft die Politik fremder Mächte danach ihre Dispositionen. Eine gespenstische Situation!

Die Unglaubwürdigkeit der Methoden der Aussenpolitik dieser Bundesregierung ist selten so drastisch bezeugt worden wie in den jüngsten Äusserungen im Ausland über die deutsche Politik nach dem Chruschtschow-Besuch in den USA und China und in der Debatte der französischen Nachbarn in der letzten Woche. Dieses Echo aus dem Ausland kündigt Gefahren an. Adenauers Rang zur Primitivität ist bekannt, auch seine und seiner Freunde Furcht, man könne Wähler und die Machtpositionen verlieren, von denen aus man nun länger als ein Jahrzehnt die wichtigste deutsche Sache, die Vereinigung der Teile des Reiches, nicht um einen Millimeter weitergebracht hat. Dafür trägt Konrad Adenauer nach dem Maß der deutschen Möglichkeiten die Verantwortung. Jetzt schießen die Keime der Unvernunft aus einem Boden, den die Zwielfichtigkeit aufgelockert hat. Die Mitverantwortung der Regierung und des Mannes, der die Richtlinien der Politik seit zehn Jahren im Westen Deutschlands bestimmt, kann nicht mehr übersehen werden.

Es wäre nützlich und ehrlich zugleich, wenn Adenauer auch dem deutschen Volke sagen würde, was er im Interesse des Friedens und der in Freiheit gesicherten Zukunft Deutschlands, des ganzen Deutschlands, für richtig hält. Es wäre auch nützlich und aufrichtig zugleich, wenn das deutsche Volk eine Politik der Täuschungen, der Taktik der Heimlichkeiten oder Bauernschläue verdammen würde. Unter der Parole "Keine Experimente" liess es Konrad Adenauer gewähren, der nun aber im Zwielficht politischer Unklarheiten eines der gefährlichsten Experimente der deutschen Politik unternimmt und die Zuschauer nicht ahnen lässt, wie die Chancen stehen.

Verdunkelung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Niemand hat hier die Bedeutung der Algeriendebatte der französischen Nationalversammlung unterschätzt; man weiss, dass das Parlament die neue Algerienpolitik überhaupt nicht ändern kann und dass auch die Regierung Debré vom Staatschef vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Aus diesem Grunde zögerte die grosse Mehrheit der Rechtsbürgerlichen und Rechtsgaullisten, die Regierung durch ein Misstrauensvotum zu stürzen, umso mehr, als Debré die versprochene algerische Selbstbestimmung mit stark französisch-nationalen Akzenten erläuterte. Die Chancen für wirkliche Waffenstillstandsverhandlungen liegen nun wieder im Dunkeln.

"De Gaulle - Mendès-France"?

Während der französische Regierungschef Debré auf die Tribüne der Nationalversammlung stieg, um seine tagelang sorgfältig abgewogene und zurechtgefeilte politische Erklärung zu verlesen, waren die Mauern der Seine-Hauptstadt mit einer neuen Parole der rechtsradikalen "Jeune Nation" vollgeschmiert: "De Gaulle-Mendès". Was bedeutet diese sonderbare "Gleichung"? De Gaulle sei ebenso, wie Mendès-France, ein "Verräter", der "französischen Boden preisgibt", behaupten die Ultras.

Von solchen Worten bis zu konkreten Drohungen mit einem Hochverratsprozess und der Guillotine oder mit einem Attentat ist es nicht weit. "Wir brauchen wieder eine Charlotte Corday", brüllen gewisse Hitzköpfe in Algier; sie meinen die berühmte Fanatikerin, die während der Grossen Revolution Marat umbrachte. Die Ultras suchen verzweifelt nach wirkungsvollen Möglichkeiten, um ihrem Zorn und ihrer Enttäuschung Luft zu machen. Das Attentat gegen Senator Mitterand, Chef der Widerstandsdemokraten, ist ein Auftakt. "Vier Politiker, vier Journalisten und zwei hohe Beamte" stehen auf der Liste der Fememörder.

Debré beschwichtigt

Der Premierminister musste vor einer in der Mehrheit integrationsistisch gesinnten Nationalversammlung plötzlich die Idee einer Volksabstimmung vertreten, in welcher es den Algeriern möglich sein soll, sich von Frankreich zu lösen. Debré hat jahrelang als nationalistischer Senator und Herausgeber des "Courrier de la Colère" die genau entgegengesetzten Gedanken verfochten. Heute muss er sich von den Ultras vorwerfen lassen, "die nationale Sache verraten" zu haben. Unter dem Druck der rechtsradikalen Drohung ist Debré wieder zurückgewichen und hat die "französische Legitimität in Algerien" betont. Er erhielt dadurch eine grosse Mehrheit im Parlament. Die rechtsradikalen Algerierfranzosen konnte er aber nicht täuschen, denn er hielt an dem Versprechen de Gaulles fest, eine freie Volksabstimmung in Algerien zuzulassen.

Rechtsradikale Bürgerkriegsabsichten

"In diesen ernstesten Stunden, in welchen der Kampf beginnt, von dem das Schicksal jedes einzelnen abhängt, müssen sich alle wehrfähigen Franzosen in den patriotischen Verbänden und Bewegungen scharen und in Ruhe und Disziplin die Weisungen abwarten", heisst es in dem Flugblatt des "Widerstandskomitees gegen die Verzichtspolitik", unterzeichnet von 12 Verbänden der Maiputschisten. Die Staatsanwaltschaft Algier hat gegen die Urheber ein Verfahren eingeleitet. In Kreisen bestimmter Ultras finden Hausdurchsuchungen statt, insbesondere nach der Festnahme des poujadistischen Ex-Abgeordneten Berthommier an der belgischen Grenze, wo er sich mit einer Bombe in der Hand auf frischer Tat ertappen liess. Auch das Poujadistenblatt "Fraternité Française" wurde wieder wegen "Gefährdung der inneren Staatssicherheit" beschlagnahmt. Man scheint also gegen die zivilen Putschisten und Bombenwerfer durchzugreifen zu wollen.

Siebenhundert französische Reserveoffiziere, die in Paris eine scharfe Entschliessung gegen die Algerienpolitik ihres obersten Befehlshabers und Staatspräsidenten annahmen, wurden von Verteidigungsminister Guillaumat öffentlich zurechtgewiesen.

Verhandlungen mit der FLN ?

Unter dem Druck der Weltmeinung und der begonnenen Entwicklung muss man jetzt weitergehen, ob man will oder nicht. Frankreichs Aussenminister Couve-Murville hat im amerikanischen Rundfunk Verhandlungen mit der FLN angekündigt.

Hundert tunesische politische Häftlinge werden in Algerien freigelassen, als Gegenleistung für die Enthaltung von 15 französischen Postbeamten, die in Tunis in eine Spionageaffäre verwickelt waren. Abgesehen von bis jetzt unkontrollierbaren Gerüchten über eine Freilassung des FLN-Chefs Ben Bella und baldigen Reise von Vertretern der algerischen Exilregierung nach Paris, gibt es unbestreitbare Zeichen der Entspannung, so die ständigen Kontakte und Besprechungen zwischen den verantwortlichen französischen und nordafrikanischen Persönlichkeiten. Der tunesische Botschafter in Paris, Habib Burgiba junior, der marokkanische Thronfolger Moulay Hassan und der marokkanische Ministerpräsident Abdallah Ibrahim sind dabei mit den französischen Botschaftern in Tunis und Rabat, Cosse und Parodi, die wichtigsten bekannter Figuren. Die Päden werden seit einer Woche immer enger gezogen und gehen selbstverständlich über New York und Genf, wo Ferhat Abbas häufige Besprechungen führt.

Hinter der scheinbaren Einmütigkeit der französischen Kammer klaffen also Widersprüche und Gegensätze, die an dem Tag zum offenen Ausbruch kommen müssen, an dem es mit der Selbstbestimmung in Algerien ernst wird. Der Beginn offizieller Waffenstillstandsverhandlungen in Paris zwischen der französischen Regierung und den Vertretern der FLN könnte der Auftakt sein.

+ + +

Kopf-an-Kopf-Rennen

mu. - Kiel

Am 25. Oktober finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt. Rund 1,6 Millionen Wahlberechtigte sollen die Parlamente von 1.400 Gemeinden, 17 Landkreisen und vier Großstädten, nämlich Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster wählen.

In den Gemeinden bis 70 Einwohner - es sind rund dreißig - wird nicht gewählt. Es bleibt bei den Dorfparlamenten, die in Urwahl ihren Bürgermeister bestimmen und gemeinsam über die Geschicke der kleinen Dörfer entscheiden. In den Gemeinden bis zu 750 Einwohnern sind noch sogenannte "Friedenswahlen" möglich. Hier können die Parteien sich auf eine Liste einigen, die so stark ist wie die Zahl der Gemeindevertreter. Gelingt das, so wird nicht gewählt.

In allen kommunalen Körperschaften, die größer sind, muß gewählt werden. Vereinzelt hat es noch Listenverbindungen zwischen den Christlichen Demokraten und "Kleinstparteien" gegeben, die nach der Wahl zu Gemeinschaftsfraktionen führen werden. Die Sozialdemokraten, die wie immer den Wahlkampf ohne Bündnisse bestreiten, haben sich gegen diese vom Innenminister zugelassene Auslegung des Wahlgesetzes gewandt und wollen klagen.

Seit 1950, der Landtagswahl im Juli, ist der Stimmenanteil der beiden großen Parteien, Sozialdemokraten und Christliche Demokraten, ununterbrochen angestiegen. Da die Christlichen Demokraten bei den Kommunalwahlen bisher in Wahlblöcken aufgingen, müssen Landtagwahlergebnisse zum Vergleich herangezogen werden. Damals bekamen die Christlichen Demokraten 19,8, bei der letzten Landtagswahl im September 1958 aber 44,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokraten stiegen von 27,5 auf 35,9 Prozent der Stimmen an. Diesmal wird mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien gerechnet, die ihren Stimmenanteil von 47,3 Prozent im Jahre 1950 auf 60,3 Prozent im letzten Herbst erhöhten. Das gilt vor allem für die Landkreise im Ring um Hamburg und die Großstädte Kiel, Lübeck und Neumünster.

Alle anderen Parteien im Norden laufen Gefahr, an der neuen Fünf-Prozent-Sperrklausel des Kommunalwahlgesetzes zu scheitern. Der Gesamtdeutsche Block, der diesmal allein geht, fiel von 23,4 Prozent im Jahre 1950 auf 6,9 Prozent im letzten Herbst zurück. Die Vergleichszahlen bei der FDP sind 7,1 und 5,4 Prozent. Für die Deutsche Partei gelten die Zahlen 9,6 und 2,8 Prozent. Bei dem dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverband verhält es sich hinsichtlich der Sperrklausel anders, weil er im Norden des Landes starke Einflußgebiete besitzt, vor allem in der Stadt Flensburg.

Neben diesen fünf im Landtag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der DP, die im Herbst nicht wieder ins Parlament kam), bewirbt sich noch die Deutsche Reichspartei mit enormem Propaganda-Aufwand und dem Oberst a.D. Rudolf als Redner. Der Bund der Deutschen auf dem linken Flügel und einige frühere Funktionäre der verbotenen Kommunistischen Partei als Unabhängige ganz links der Parteiskala sind gleichfalls vertreten. Daneben gibt es noch den ebenso bedeutungslosen Unabhängigen Schleswig-Holstein-Block. Alle diese Grüppchen haben nicht einmal eine sichere Chance, in die Parlamente der kleinen Gemeinden zu kommen, denn im Norden ist das Zwei-Parteien-System auf dem Vormarsch.

Die Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Juristen

(Gu) Mehrere Hundert Juristen aus allen Teilen der Bundesrepublik waren drei Tage in Kassel zu Gast. Es liegt im Wesen der Arbeit der Juristen, daß sie verhältnismäßig wenig mit Tagungen an die Öffentlichkeit treten. Ganz besonders trifft das für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) zu, die nur in längeren Zeiträumen zusammenkommen und in diesem Jahre ihre Bundestagung in Kassel abhielten. Die ASJ hat keine politischen Befugnisse in der Partei, sondern in erster Linie eine meinungsbildende Bedeutung. Sie befaßt sich naturgemäß mit rein juristischen Fragen, die im allgemeinen in der Öffentlichkeit wegen ihrer trockenen Materie keine allzugroße Resonanz finden. Auf dieser Bundestagung aber in Kassel behandelten die Juristen ein Thema, das zeitnah, ja brennend ist und so ein großes Echo fand. Es ging um den Gesetzentwurf der Bundesregierung für einen erweiterten Persönlichkeitsschutz und um das Bonner Grundgesetz. Die äußere Bedeutung, die dieser Bundestagung und den dort behandelten Themen zugemessen wurde, wurde durch die Anwesenheit des Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn und anderer hochgestellter Persönlichkeiten dokumentiert.

Über Pressefreiheit und Persönlichkeitsschutz ist in letzter Zeit bereits viel geschrieben und diskutiert worden, vor allem ausgelöst durch manche Boulevard-Blätter und Illustrierte, die sensationell aufgemachte Berichte und Bilder über bekannte Persönlichkeiten brachten. Die Bundesregierung brachte einen Gesetzentwurf heraus, mit dem sie glaubt, "Persönlichkeiten" schützen zu müssen und greift damit natürlich stark in das Herz der freien Meinungsäußerung, in die "Pressefreiheit" ein.

Auf der Tagung der ASJ in Kassel nahen zwei berufene Vertreter zu diesem Thema Stellung. Vom Blickfeld des Rechts, aber auch als Mann der Praxis, sah es Oberlandesgerichtsrat Dr. Gerhard Reischl aus München. Als erfahrener Journalist umriß Chefredakteur Dr. Hans Henrich vom "Hamburger Echo" die Materie, wie die Journalisten und Redakteure sie sehen. Obwohl von verschiedenen Perspektiven aus gesehen, waren sich beide darin einig, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung in der vorliegenden Fassung abzulehnen sei. Der Jurist Dr. Reischl vertrat den Standpunkt, daß ein solches Gesetz die gesunde Fortentwicklung der

Rechtsprechung auf diesem Gebiet nur stoppen und aufhalten werde. Allgemeines Persönlichkeitsrecht und das Recht zur freien Meinungsäußerung ständen sich verfassungsrechtlich im Range gleich. Ein Ausgleich der Spannungen und damit die Abgrenzung zwischen Pressefreiheit und allgemeinem Persönlichkeitsrecht könnten nur in einer Abwägung im Einzelfall gefunden werden.

Chefredakteur Dr. Henrich erklärte, Pressefreiheit sei primär das Recht des Staatsbürgers auf Empfang von Informationen und Nachrichten, sekundär das Recht des Verlegers und des Redakteurs auf Verbreitung. Pressefreiheit sei, so sagte er, der Mutterboden aller Freiheitsrechte. Den vorliegenden Entwurf der Bundesregierung lehnte auch er aus verschiedenen Gründen ab. Er wandte sich ganz besonders dagegen, daß dieser Entwurf in einem Punkte von einer "angemessenen" Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder privaten Interesses spräche. Das Wort "angemessen" berge die Gefahr der Abirrung auf das Gebiet des guten Geschmacks in sich. Das dürfe aber kein Objekt von Gesetzgebung und Rechtsprechung werden. Geschmack sei eine Erziehungsfrage, allenfalls auch eine Sache der freiwilligen Selbstkontrolle der Presse. Besondere Beachtung dürfte auch der Standpunkt von Dr. Henrich finden, der sagte, wahrscheinlich werde der Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht Gesetz werden, allerdings nicht wegen grundsätzlicher Bedenken, sondern weil die Mehrheitspartei die Presse für den Wahlkampf nicht verärgern wolle.

Einen weiteren Höhepunkt hatte die Tagung, daß es gelungen war, einen Mann wie Dr. Adolf Arndt zu dem Bonner Grundgesetz sprechen zu lassen. Arndt, weithin bekannt wegen seiner messerscharfen und genauen Formulierungen, verstand es, auch den vielen Juristen, die sicherlich genau das Grundgesetz kennen und studiert haben, noch Neues zu sagen. Wenn er von dem noch nicht erfüllten Grundgesetz sprach, so wußte er dafür auch eine Fülle von Beweisen und Nuancen zu bringen, die verblüfften.

Am Rande sei vermerkt, daß sich die Tagung auch mit organisatorischen Fragen beschäftigte und auch die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Einige Mitglieder des alten Vorstandes konnten aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen nicht wieder kandidieren. Wenn zum 1. Vorsitzenden das geschäftsführende Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Dr. Kunze aus Düsseldorf gewählt wurde, so wurde damit seine bisherige aktive Tätigkeit belohnt und gewürdigt.

Die Bundestagung der ASJ, die nächste soll in zwei Jahren in Berlin stattfinden, wird sicherlich belebende Impulse haben und weitere Diskussionen auslösen. Ein aktuelles Thema wurde mutig und klar angepackt und zeigte eine einstimmige Meinung, nämlich die, daß die Pressefreiheit als ein wichtiges Fundament aller Freiheitsrechte nicht angetastet werden darf.